



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 194-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.459

Eingereicht am: 01.09.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Bühlmann (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in)
Patzen (Bern, GRÜNE)
Ruch (Bern, GRÜNE)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 04.09.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Verzicht auf Studiengebühren an der PH Bern

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

Das Gesetz über die deutschsprachige pädagogische Hochschule (PHG) ist so anzupassen, dass auf die Erhebung von Gebühren für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung an der pädagogischen Hochschule verzichtet wird, solange im Kanton Bern Lehrkräftemangel herrscht, also freie Stellen an den öffentlichen Schulen nicht mit ausreichend qualifizierten Lehrpersonen besetzt werden können.

Begründung:

Der akute Lehrermangel im Kanton Bern stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Qualität und Kontinuität des Bildungsangebots dar. Trotz verschiedenster Bemühungen und punktuellen Verbesserungen herrscht im Kanton Bern ein deutlicher Mangel an qualifizierten Lehrpersonen: Anfang Sommerferien waren gemäss einem [Artikel von nau.ch](#) noch 55 offene Stellen für Lehrpersonen unbesetzt. Über die letzten Jahre ist ausserdem der Anteil an Lehrkräften, die ohne passendes Diplom unterrichten, kontinuierlich angestiegen. Dies kann nicht nur eine Belastung für ihre Schülerinnen und Schüler darstellen, sondern auch für die ungenügend qualifizierten Lehrkräfte selbst sowie für ihre Kolleginnen und Kollegen.

Der Wettbewerb mit Nachbarkantonen wie Solothurn, die teils bessere finanzielle Rahmenbedingungen bieten, verschärft die Situation im Kanton Bern zusätzlich. Die Gebühren für die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule im Kanton Bern wirken als weitere Hürde für poten-

zielle Lehrkräfte und erschweren Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern und jüngeren Interessierten den Zugang zum Beruf. Es ist davon auszugehen, dass sich Interessierte dadurch von der Ausbildung zur Lehrperson abhalten lassen.

Der Verzicht auf die Erhebung der Studiengebühren wäre deshalb eine wirksame Massnahme, um gezielt dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Die Ausbildung zur Lehrperson darf nicht an finanziellen Hürden scheitern, zumal jeder zusätzliche Abschluss zur Entspannung der Versorgungslage beiträgt. Eine kostenfreie Ausbildung signalisiert zudem Wertschätzung gegenüber künftigen Lehrpersonen, was wiederum zu mehr Ausbildungen an der PH führen kann.

Begründung der Dringlichkeit: Der Lehrkräftemangel ist akut. Jahr für Jahr können die Stellen an den Volksschulen nicht mit ausreichend qualifizierten Lehrpersonen besetzt werden. Es muss deshalb rasch gehandelt werden, um die Qualität der Schulbildung im Kanton Bern aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Verteiler

– Grosser Rat